

**Zeitschrift:** Schweizer Schule  
**Band:** 64 (1977)  
**Heft:** 14-15: Kleinere Schulklassen : Rückblick auf einen Abstimmungskampf

**Artikel:** Politischer Entscheid  
**Autor:** Eckert, Heinz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-532259>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 22.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Ein ungeeigneter Weg für ein gutes Ziel

Martin Merki

Die VPOD-Initiative für den Abbau der Klassenbestände an den Volksschulen visiert ein Ziel an, das durchwegs als erstrebenswert anerkannt wird. Das ist das Komische an dieser Auseinandersetzung. Während sonst meistens bei Abstimmungen das Ziel selber umstritten ist, dreht sich die Auseinandersetzung hier lediglich um den Weg und das Tempo, um dieses zu erreichen.

Das Ziel lautet, an den Volksschulen die mittlere Klassengrösse um die 25 Schüler einpendeln zu lassen. Damit ein solcher Durchschnittswert möglich ist, muss das gesetzlich mögliche Maximum natürlich etwas höher sein. Den besten Beweis dafür liefert nämlich die Oberstufe der Volksschule im Kanton Luzern selber: Bei einem bisherigen gesetzlichen Maximum von 32 Schülern lag der durchschnittliche Klassenbestand im Schuljahr 1975/76 unter 25 Schülern. Nun aber schreibt die Initiative zwingend vor, dass Klassen mit mehr als 26 Schülern getrennt werden müssen. Und es ist nichts anderes als diese tiefe und starre Fixierung, die zum Schlusse führen muss, dass der vorgeschlagene Weg nicht ganz klug gewählt ist. Wäre die Initiative in dieser Beziehung etwas flexibler, hätte sie alle Chancen einer breiten, über alle parteipolitischen Schranken hinweggehenden Zustimmung gehabt. So aber schießt sie einfach über das Ziel hinaus. Denn bevor wir uns einen durchschnittlichen Klassenbestand von rund 20 Schülern leisten können – was die Folge des gesetzlichen Maximums von 26 wäre –, sind noch andere bildungspolitische Anliegen zu erreichen. Zum Beispiel in der Berufsbildung.

Ungeduldig sind die Initianten überdies

auch noch. In der wichtigen Frage der Klassenbestände muss man sich folgendes vor Augen halten: Die geburtenstärksten Jahrgänge (1964) treten jetzt bereits in die Oberstufe über, wo der durchschnittliche Bestand bereits abgebaut wurde. Bei gleichbleibender Klassenzahl sinkt er damit ganz von selbst und kontinuierlich auf die angestrebte Grösse. Nun wird gerade aus dieser Tatsache gefolgert, dass man also der Initiative getrost zustimmen könne. Das ist ein Trugschluss, weil die starre Formel der Initiative zwingend Klassentrennungen bei 27 und 28 Schülern vorschreibt. Die einzige Ausnahme nach der Übergangszeit wäre mangelnder Schulraum. Aber bis zu jenem Zeitpunkt wird nirgends mehr mangelnder Schulraum geltend gemacht werden können. Die Jahrgänge der siebziger Jahre werden sich in den Schulhäusern, die den Geburtenberg der frühen sechziger Jahre aufzunehmen hatten, breit machen können.

Nur eine Minderheit der Luzerner Lehrerschaft empfiehlt die Initiative zur Annahme. Ist das nicht das beste Zeichen dafür, dass hier nicht ein bildungspolitisches Anliegen grundsätzlich zur Diskussion steht, sondern nur ein Weg zu seiner Verwirklichung? Und weil es ein zu radikaler Weg ist, wird man ihm in dieser Form die Zustimmung versagen. Es ist auch völlig verfehlt, den Gegnern dieser Initiative Rückständigkeit oder gar Bildungsfeindlichkeit vorzuwerfen, wie das vereinzelt geschehen ist. Höchstens der Vorwurf des politischen Masshaltens, der Politik der angemessenen kleinen Schritte wäre zutreffend. Aber ist denn das im Augenblick eine derart unvernünftige Haltung?

aus «Vaterland» Nr. 132

## Politischer Entscheid

Heinz Eckert

Die Initiative für kleinere Schulklassen der Sozialdemokraten hat im Kanton Zug keine Gnade gefunden. Die Argumente der Initianten waren zwar derart, dass sie zumindest

von allen Eltern hätten aufgenommen werden müssen, zum Wohle ihrer Kinder. Das deutliche Resultat kann deshalb nur als politischer Entscheid gewertet werden. Die In-

itiative ist aus der «falschen politischen Richtung» gekommen.

Entscheide, die die Schule und somit die Kinder treffen, sollten zwar nicht nur mit politischem Kalkül getroffen werden. Vielleicht kann man aber auch den Initianten den Vorwurf nicht ersparen, zu wenig für die Aufklärung des Stimmbürgers getan zu haben. Da Diskussionen, die die Schule betreffen, breite Kreise der Bevölkerung nicht erreichen, mag die Initiative für viele nur ein belangloses «Spiel mit Zahlen» gewesen sein. Die Bürger hätten überzeugt werden müssen, dass Schulreformen notwendig sind und kleinere Klassen zwar nur ein erster, aber wichtiger Schritt zu deren Verwirklichung bedeuten.

Solange die Schule für die grosse Mehrheit der Bevölkerung nur eine mehr oder weniger angenehme Erinnerung bedeutet, dürfen die Politiker das Abstimmungsergebnis nicht als bildungspolitischen Entscheid interpretieren, als Zustimmung zum bestehenden Schulsystem.

Ob sie bei der Revision des Schulgesetzes auch den 8940 Mitbürgern Rechnung tragen werden, die für kleinere Klassen sind? Noch wäre es auch im Kanton Zug möglich, ohne parteipolitisches Denken, nur im Interesse der Sache, die Klassenbestände zu senken. Die Revision des Schulgesetzes ist eine weitere Chance für eine Verbesserung der Schule, eine Chance zum Wohl der Kinder.  
LNN Nr. 134 vom 13. Juni

## Partei stand über der Sache

René Regenass

Die Ablehnung der VPOD-Initiative für kleinere Schulklassen musste erwartet werden. Die Tendenz ist, einmal mehr in einer kantonalen Abstimmung, offensichtlich: ausgeglichenes Verhältnis zwischen Ja- und Nein-Stimmen in der Agglomeration Luzern, deutliche Ablehnung auf der Landschaft.

Wer nach Gründen für das Nein sucht, muss sich zuerst an die Herkunft des Volksbegehrens erinnern und erst dann nach dem Inhalt der Abstimmungsfrage forschen. Hinter der Initiative stand eine Gewerkschaft, der VPOD. Das Volksbegehren wurde von den Linksparteien und mit eher zurückhaltender Begeisterung auch vom Landesring unterstützt. Zu Anliegen solcher Provenienz pflegt die Mehrheit der Luzerner ohne nähere Prüfung nein zu sagen, vor allem auf der Landschaft. Den Stadtluzernern und den Bürgern in den Agglomerationsgemeinden liegt der sachpolitische Entscheid, der mehr nach dem Inhalt urteilt, näher. Das haben schon andere Abstimmungen bewiesen. Zudem verfügt man in den Gemeinden der Region Luzern reichlich über Erfahrung mit grossen, zu grossen Schulklassen.

ton Luzern vorläufig ohne Wunsch sind, scheinen auch die beiden grossen Parteien CVP und LPL zu wissen. In beiden Lagern wurde die VPOD-Initiative geschickt und bewusst unterschleift. Keine dieser Parteien raffte sich etwa zu einer öffentlichen Information des Stimmbürgers auf. Bei der CVP gab sogar das Parteikomitee die Parole heraus und nicht die kantonale Delegiertenversammlung, wie dies in den letzten Jahren ausnahmslos üblich war.

Das ist die eine, die parteipolitische Seite des Neins zur VPOD-Initiative. Der andere Gedanke, der wohl ebenfalls entscheidend zur Ablehnung beigetragen hat, liegt im allgemeinen Trend gegen Schulreformen und Lehrerschaft begründet. Auf der Landschaft schätzt man es nicht, wenn der Staat mit Reformvorschlägen kommt und beispielsweise Oberstufenzentren schaffen will. Die Gemeinden wollen ihre Schulen behalten, koste es was es wolle. Unter diesem Gesichtspunkt ist das Nein zur VPOD-Initiative noch unverständlicher. Denn was wollte dieser Vorstoss anderes, als der Gemeinde die gute, lebensfähige Schule erhalten.

LNN Nr. 134 vom 13. Juni